

A n t w o r t

des Ministeriums für Wissenschaft und Gesundheit

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Josef Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
– Drucksache 18/4421 –

Lieferengpass in der Versorgung mit Arzneimitteln gegen Fieber und Schmerzen für Kinder

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 18/4421** – vom 11. Oktober 2022 hat folgenden Wortlaut:

Derzeit besteht offenbar ein Lieferengpass für mehrere dringend benötigte Arzneimittel in rheinland-pfälzischen Apotheken. Insbesondere kann Paracetamol-Saft für Kinder, der für die Behandlung von Fieber und Schmerzen für kleine Kinder benötigt wird, schon seit Monaten nicht mehr geliefert werden. Inzwischen sind auch nicht mehr Saft und Zäpfchen mit dem Ersatzstoff Ibuprofen erhältlich.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie sieht die derzeitige Versorgungslage mit Arzneimitteln gegen Fieber und Schmerzen bei Kindern nach Informationen der Landesregierung in Rheinland-Pfalz aus?
2. Welche weiteren Arzneimittel sind in Rheinland-Pfalz und bundesweit gar nicht und nur schwer lieferbar?
3. Welche Ursache haben diese Lieferengpässe nach Informationen der Landesregierung?
4. Welche Anstrengungen unternehmen die Landes- und die Bundesregierung diese Lieferengpässe zu beheben?
5. Wie können zukünftig solche Lieferengpässe vermieden werden?
6. Welche Maßnahmen planen die Landes- bzw. die Bundesregierung zur Unterstützung von Vor-Ort-Apotheken in Rheinland-Pfalz?

Das **Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.

E: 02.11.2022
18/4596



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
WISSENSCHAFT
UND GESUNDHEIT

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

DER MINISTER

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
clemens.hoch@mwg.rlp.de
www.mwg.rlp.de

02.11.2022

**Kleine Anfrage des Abgeordneten Josef Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
betr. Lieferengpass in der Versorgung mit Arzneimitteln gegen Fieber und
Schmerzen für Kinder
- Drucksache 18/4421 -**

Die Hintergründe für die zunehmenden Liefereinschränkungen und Lieferengpässe bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln sind komplex. Die aus Kostengründen seit mehreren Jahren, insbesondere bei patentfreien Arzneimitteln beobachtete Verlagerung der Produktion in Drittstaaten, die partielle Unterbrechung von Lieferketten als Folge der Covid-19-Pandemie und nicht zuletzt die akute Energiekrise durch den brutalen Krieg in der Ukraine haben immer wieder zu temporären Lieferproblemen bei Arzneimitteln und Medizinprodukten geführt.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Durch den kurzfristigen kostenbedingten Produktionsausfall eines großen Generikaherstellers ist die Versorgung mit Fieber- und Schmerzsaften für Kinder mit den Wirkstoffen Paracetamol und nachfolgend auch Ibuprofen im Sommer bundesweit sehr problematisch gewesen. Mittlerweile hat sich die Versorgungslage bei Fiebersäften für Kinder in Rheinland-Pfalz und auch bundesweit entspannt. Entscheidend dazu beigetragen haben der auf Basis des Arzneimittelgesetzes 2020 zu Lieferengpässen gegründete Beirat beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), an dem neben den Berufsorganisationen der Ärzte- und Apothekerschaft auch die Länder beteiligt sind.



Dieser Beirat konnte kurzfristig praktische Handlungsempfehlungen und Verhaltenshinweise kommunizieren, die in der Praxis zur Bewältigung der Liefereinschränkungen hilfreich waren. Auch die öffentlichen Apotheken haben sowohl in Rheinland-Pfalz als auch auf Bundesebene durch die kurzfristige Rezepturarztmittelherstellung von Fiebersäften für Kinder einen wesentlichen Beitrag zur Überbrückung der Liefereinschränkungen geleistet.

Zu Frage 2:

Gemäß dem Lieferengpass-Register des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte sind aktuell knapp 300 Humanarzneimittel deutschlandweit und auch in Rheinland-Pfalz nur eingeschränkt lieferbar. Das sind häufig nur Lieferausfälle über wenige Wochen, manchmal dauern die Liefereinschränkungen auch mehrere Monate an. Betroffen von diesen Lieferproblemen sind neben den bereits erwähnten Fiebersäften, Brustkrebsmedikamente mit dem Wirkstoff Tamoxifen, einfache Elektrolytlösungen zur Behandlung von Durchfallerkrankungen sowie aktuell Blutplasmapräparate zur Therapie von Immunerkrankungen.

Zu Frage 3:

Die Ursachen der bestehenden Lieferengpässe bei Arzneimitteln sind vielschichtig (s. oben), sodass es keinen einfachen Lösungsvorschlag geben kann. Vielmehr müssen aus Sicht der Landesregierung gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern unternommen werden, die Ursachen der bestehenden Lieferengpässe systematisch zu untersuchen und daraus Handlungsanweisungen zu entwickeln. Rheinland-Pfalz hatte sich bereits gemeinsam mit Hessen im März 2020 an die Bundesregierung mit einer Bitte zur Analyse der Ursachen bei Lieferengpässen gewandt, um Strategien zu deren Bekämpfung zu entwickeln. Es zeigt sich bei der Evaluation zunehmend, dass lange Vertriebswege und weit entfernte Produktionsstandorte bei Arzneimitteln in Asien stör anfällig für den Abbruch von Lieferketten und damit für auftretende Lieferengpässe sind.



Zu Frage 4:

Bund und Länder arbeiten im genannten gesetzlich fixierten Beirat zu Lieferengpässen eng zusammen, um aufkommende Lieferprobleme bei Arzneimitteln rechtzeitig zu erkennen und dadurch frühzeitig Alternativvorschläge zu erarbeiten, die dann bundesweit an die Beteiligten im Gesundheitswesen kommuniziert werden können.

Zu Frage 5:

Die rechtzeitige Kommunikation und Bewertung von drohenden Liefereinschränkungen kann dazu beitragen, Lieferengpässe im Vorfeld zu vermeiden. Darüber hinaus ist das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium im ständigen Dialog mit international agierenden Pharmaunternehmen, um die Entwicklung und Produktion von Arzneimitteln und Medizinprodukten aus einer Hand ortsnah in Deutschland und Europa zu stärken und dadurch störanfällige Lieferketten und Vertriebswege zu vermeiden. Das trägt entscheidend zur Stabilisierung der Versorgungssituation bei.

Zu Frage 6:

Die Landesregierung unterstützt die Bundesregierung bei der Umsetzung des Vor-Ort-Apotheken-Stärkungs-Gesetzes mit der Einführung von neuen pharmazeutischen Dienstleistungen zum Beispiel durch eine erweiterte Medikationsanalyse und die intensiviertere pharmazeutische Betreuung von Patientinnen und Patienten, die dann auch entsprechend auskömmlich honoriert werden. Das Gesundheitsministerium sieht darin insbesondere eine Stärkung der Apotheken im ländlichen Raum gegen die große Konkurrenz der europäischen Versandapotheken mit dem Ziel einer flächendeckenden Versorgung.



Das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium befindet sich darüber hinaus im ständigen Dialog mit der Landesapothekerkammer und dem rheinland-pfälzischer Apothekerverband, um die Apotheken vor Ort zur Bekämpfung der Pandemie eng in das Impfgeschehen und die Teststrategie einzubinden.

In Vertretung

Dr. Denis Alt